

Protokoll
über die 105. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am
26.02.2013

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:35 Uhr
Ort: Multifunktionsraum, E 070, Stadthaus, Am Packhof 2-6,
19053 Schwerin

Anwesenheit

Vorsitzende

Gramkow, Angelika

ordentliche Mitglieder

Böttger, Gerd	entsandt durch Fraktion DIE LINKE
Ehlers, Sebastian	entsandt durch CDU/FDP-Fraktion
Foerster, Henning	entsandt durch Fraktion DIE LINKE
Horn, Silvio	entsandt durch ZG Fraktion Unabhängige
Bürger/Stadtvertreter Manfred Strauß	
Meslien, Daniel	entsandt durch SPD-Fraktion
Nagel, Cornelia	entsandt durch SPD-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Fraktion	
Nolte, Stephan	entsandt durch CDU/FDP-Fraktion
Schmitz, Michael	entsandt durch CDU/FDP-Fraktion
Strauß, Manfred	entsandt durch ZG Fraktion Unabhängige
Bürger/Stadtvertreter Manfred Strauß	

stellvertretende Mitglieder

Heine, Sebastian	entsandt durch SPD-Fraktion
Sembritzki, Erika	entsandt durch Fraktion DIE LINKE

Verwaltung

Czerwonka, Frank
Dankert, Matthias
Diessner, Barbara
Friedersdorff, Wolfram Dr.
Niesen, Dieter
Nottebaum, Bernd
Rath, Torsten
Saß, Regina

Scheidung, Anja
Schmidt, Doris
Wilczek, Ilka
Wollenteit, Hartmut

Gäste

Güll, Gerd
Kowalk, Peter
Lemke, Klaus
Schulze, Angelika
Schwichtenberg, Anja
Steinhagen, Gert
Zischke, Thomas

Leitung: Angelika Gramkow

Schriftführer: Simone Simon

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 104. Sitzung vom 12.02.2013 (öffentlicher Teil)
3. Wiedervorlage/n
 - 3.1. IT-Strategie der Landeshauptstadt Schwerin - Schwerpunkt Stadtverwaltung
Vorlage: 01362/2013
I / Amt für Hauptverwaltung
Wiedervorlage aus 103. Hauptausschuss vom 29.01.2013; TOP 5.1
 - 3.2. Spielplatzkonzeption für die Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 01324/2012
SDS Eigenbetrieb Stadtwirtschaftliche Dienstleistungen Schwerin
Wiedervorlage aus 101. Hauptausschuss vom 15.01.2013; TOP 4.1
 - 3.3. Änderung der Friedhofsordnung für die von der Landeshauptstadt verwalteten Friedhöfe
Vorlage: 01350/2012
SDS Eigenbetrieb Stadtwirtschaftliche Dienstleistungen Schwerin
Wiedervorlage aus 101. Hauptausschuss vom 15.01.2013; TOP 4.2

- 3.4. Änderung der Friedhofsgebührensatzung für die von der Landeshauptstadt verwalteten Friedhöfe
Vorlage: 01351/2012
SDS Eigenbetrieb Stadtwirtschaftliche Dienstleistungen Schwerin
Wiedervorlage aus 101. Hauptausschuss vom 15.01.2013; TOP 4.3
- 3.5. Entwicklungskonzept für das Schleswig-Holstein-Haus
Vorlage: 01318/2012
I / Kulturbüro
Wiedervorlage aus 100. Hauptausschuss vom 11.12.2012; TOP 4.1
- 3.6. Handlungskonzept Controlling im Amt für Jugend, Schule und Sport;
Umsetzung des Beschlusses der STV Drs-Nr. 01215/2012
Vorlage: 01344/2012
II / Amt für Jugend, Schule und Sport
erstmalig im 101. Hauptausschuss am 15.01.2013; TOP 4.6
Wiedervorlage aus 104. Hauptausschuss vom 12.02.2013; TOP 3.1
- 3.7. Bebauungsplan Nr.80.12 "Stern Buchholz - Blücher Umweltpark"
Offenlagebeschluss
Vorlage: 01357/2013
III / Amt für Stadtentwicklung
Wiedervorlage aus 101. Hauptausschuss vom 15.01.2013; TOP 4.8
- 3.8. Integriertes Klimaschutzkonzept für die Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 01349/2012
III / Amt für Umwelt
Wiedervorlage aus 101. Hauptausschuss vom 15.01.2013; TOP 4.7
- 3.9. Gründung eines Gemeinsamen Kommunalunternehmens mit dem Landkreis Ludwigslust-Parchim
Vorlage: 01394/2013
Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung
Wiedervorlage aus 104. Hauptausschuss vom 12.02.2013; TOP 4.1
4. Vorlage/n
- 4.1. Bebauungsplan Nr. 31.98.01 "Krebsförden Dorfstraße" - 1. Änderung
- Beschluss über eingegangene Stellungnahmen
- Satzungsbeschluss über die 1. Änderung des Bebauungsplanes gemäß § 10 BauGB
i.V.mit § 13 BauGB
Vorlage: 01379/2013
III / Amt für Stadtentwicklung
- 4.2. Bebauungsplan Nr. 63.09/1 "Fachmarktzentrum Am Haselholz"
Auslegungsbeschluss
Vorlage: 01397/2013
III / Amt für Stadtentwicklung

- 4.3. 11. Änderung des Flächennutzungsplans der Landeshauptstadt Schwerin
"Gartenstadt - Haselholz" - Offenlagebeschluss- -
Vorlage: 01401/2013
III / Amt für Stadtentwicklung
- 4.4. Beteiligung der Landeshauptstadt Schwerin an der Errichtung eines
Pflegestützpunktes
Vorlage: 01404/2013
II / Amt für Soziales und Wohnen
- 4.5. Besetzung von 8 vakanten Stellen in der Stadtverwaltung
Vorlage: 01417/2013
I / Amt für Hauptverwaltung
- 4.6. Standortvorschlag Stadtbibliothek Schwerin
Vorlage: 01408/2013
I / Kulturbüro
5. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung
- 5.1. Mindestlohn bei Auftragsvergaben durch städtische
Beteiligungsgesellschaften
Antragstellerin: SPD-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion
Ersetzungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Vorlage: 01308/2012
Fraktionen/Stadtvertreter/Ortsbeiräte
verwiesener Antrag und Ersetzungsantrag aus 35. StV vom 12.11.2012; TOP
20 erstmals im 98. Hauptausschuss vom 13.11.2012; TOP 5.4
Wiedervorlage aus 102. Hauptausschuss vom 28.01.2013; TOP 3
- 5.2. Verringerung von Leerstand durch Förderprojekt "Jugendliche im
Stadtquartier"
Antragstellerin: Fraktion Unabhängige Bürger
Vorlage: 01372/2013
Fraktionen/Stadtvertreter/Ortsbeiräte
verwiesener Antrag aus 37. StV vom 28.01.2013; TOP 15
Wiedervorlage aus 103. Hauptausschuss vom 29.01.2013; TOP 6.2
- 5.3. Erhalt von Wertstoffsammelplätzen
Antragstellerin: Fraktion Unabhängige Bürger
Vorlage: 01371/2013
Fraktionen/Stadtvertreter/Ortsbeiräte
verwiesener Antrag aus 37. StV vom 28.01.2013; TOP 21
Wiedervorlage aus 103. Hauptausschuss vom 29.01.2013; TOP 6.5
- 5.4. Schuldenstand öffentlich machen, digitale Schuldenanzeige einführen
Antragstellerin: SPD-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion
Vorlage: 01368/2013
Fraktionen/Stadtvertreter/Ortsbeiräte

verwiesener Antrag aus 37. StV vom 28.01.2013; TOP 19
Wiedervorlage aus 103. Hauptausschuss vom 29.01.2013; TOP 6.4

- 5.5. Konzept zur Zusammenlegung städtischer Betriebe
Antragsteller: Stadtvertreter Manfred Strauß
Vorlage: 01377/2013
Fraktionen/Stadtvertreter/Ortsbeiräte
verwiesener Antrag aus 37. StV vom 28.01.2013; TOP 16
Wiedervorlage aus 103. Hauptausschuss vom 29.01.2013; TOP 6.3
- 6. Fördermittelanträge der Landeshauptstadt Schwerin
- 7. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Bemerkungen:

1.

Die Oberbürgermeisterin, Frau Angelika Gramkow, eröffnet die 105. Sitzung des Hauptausschusses, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Hauptausschusses, der Verwaltung und die Gäste und stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung des Hauptausschusses sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2.

Die Fraktion Unabhängige Bürger beantragt, den Tagesordnungspunkt 9.5 DS 01393/2013 „Wiederaufbau der Laufhalle am Lambrechtsgrund“ in den öffentlichen Teil der Sitzung zu beraten.

Die Mitglieder des Hauptausschusses verständigen sich dahingehend, die Aussprache zur Beschlussvorlage im öffentlichen Teil aufzunehmen. Die Aussprache zu PPP-Vertragsregelung sowie die Abstimmung erfolgt im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung festgesetzt.

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 104. Sitzung vom 12.02.2013 (öffentlicher Teil)

Bemerkungen:

Frau Nagel stellt fest, dass die von ihr gestellten Anfragen nicht vollständig in die Niederschrift aufgenommen wurden. Sie nimmt Bezug auf einen entsprechenden Mailverkehr zwischen ihr und der Protokollantin. Im Weiteren liegt die Beantwortung ihrer Anfragen aus dem Hauptausschuss vom 12.02.2013 zur Beschlussvorlage „Neubau eines öffentlichen Schiffsanlegers (Schloßbuch/Franzosenweg)“ noch nicht vor.

Die Oberbürgermeisterin erklärt daraufhin, dass zwischenzeitlich die Beantwortung der Anfragen den Fraktionen zugeleitet wurde. Sollte es weitere Fragen dazu geben, wäre erst dann eine Protokolländerung erforderlich.

Beschluss:

Das Protokoll der 104. Sitzung des Hauptausschusses vom 12.02.2013, öffentlicher Teil - TOP 1 bis 7 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 2

zu 3 Wiedervorlage/n

**zu 3.1 IT-Strategie der Landeshauptstadt Schwerin - Schwerpunkt Stadtverwaltung
Vorlage: 01362/2013**

Bemerkungen:

Der Ausschuss für Finanzen hat die Beschlussvorlage am 21.02.2013 zur Kenntnis genommen

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

Die Stadtvertretung nimmt die beigefügte IT-Strategie der Landeshauptstadt Schwerin Fortschreibung 2013 - Schwerpunkt Stadtverwaltung - zur Kenntnis.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 11.03.2013 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

Beschlusnummer:

105/HA/0701/2013

**zu 3.2 Spielplatzkonzeption für die Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 01324/2012**

Bemerkungen:

1.

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr hat der Beschlussvorlage am 07.02.2013 mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung zugestimmt.

Der Jugendhilfeausschuss hat der Beschlussvorlage am 06.02.2013 einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen zugestimmt.

Eine Auflistung der abgegebenen Stellungnahmen der Ortsbeiräte liegt der Beschlussvorlage bei.

2.

Herr Horn bittet um eine Stellungnahme der Verwaltung zu den Anfragen des Ortsbeirates Friedrichsthal vom 19.02.2013. Die Oberbürgermeisterin erklärt daraufhin, dass eine erste Stellungnahme bereits vorliegt und dem Ortsbeirat am 26.02.2013 zugesandt wurde.

3.

Es liegt folgender Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 25.02.2013 vor:

„Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, Alternativen zur geplanten Errichtung eines Spielplatzes im Innenhof der Straße zum Bahnhof 21 (Blockkonzept 9) zu prüfen. Ein positives Prüfergebnis soll entsprechend terminiert und finanziell bewertet in die Spielplatzkonzeption einfließen.“

Die Mitglieder des Hauptausschusses stimmen dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE einstimmig zu.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende geänderte Beschlussfassung:

Die Stadtvertretung nimmt die Spielplatzkonzeption mit Stand des Jahres 2012 zur Kenntnis und beauftragt die Oberbürgermeisterin, die Spielplatzsituation kontinuierlich zu verbessern.

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, Alternativen zur geplanten Errichtung eines Spielplatzes im Innenhof der Straße zum Bahnhof 21 (Blockkonzept 9) zu prüfen. Ein positives Prüfergebnis soll entsprechend terminiert und finanziell bewertet in die Spielplatzkonzeption einfließen.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 11.03.2013 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Beschlusnummer:

105/HA/0702/2013

**zu 3.3 Änderung der Friedhofsordnung für die von der Landeshauptstadt verwalteten Friedhöfe
Vorlage: 01350/2012**

Bemerkungen:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr hat der Beschlussvorlage am 07.02.2013 einstimmig zugestimmt.

Der Ausschuss für Umwelt und Ordnung hat der Beschlussvorlage am 21.02.2013 einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen zugestimmt.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

Die Stadtvertretung beschließt die 6. Änderungssatzung zur Änderung der Friedhofsordnung für die von der Landeshauptstadt Schwerin verwalteten Friedhöfe vom 08.02.2001 laut Anlage 1.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 11.03.2013 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Beschlusnummer:

105/HA/0703/2013

**zu 3.4 Änderung der Friedhofsgebührensatzung für die von der Landeshauptstadt verwalteten Friedhöfe
Vorlage: 01351/2012**

Bemerkungen:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr hat der Beschlussvorlage am 07.02.2013 mehrheitlich bei einer Gegenstimme und zwei Stimmenthaltungen zugestimmt.

Der Ausschuss für Finanzen hat der Beschlussvorlage am 21.02.2013 einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

Die Stadtvertretung beschließt die Änderungssatzung zur Änderung der Friedhofsgebührensatzung für die von der Landeshauptstadt Schwerin verwalteten Friedhöfe laut Anlage 1 der Beschlussvorlage.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 11.03.2013 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Beschlusnummer:

105/HA/0704/2013

**zu 3.5 Entwicklungskonzept für das Schleswig-Holstein-Haus
Vorlage: 01318/2012**

Bemerkungen:

1.

Der Ausschuss für Finanzen hat die Beschlussvorlage am 21.02.2013 mehrheitlich bei zwei Dafürstimmen abgelehnt.

Der Ausschuss für Finanzen hat zu folgendem Ersetzungsantrag beraten und diesen mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen zugestimmt:

„ Die Stadtvertretung beschließt einen fördermittelunschädlichen Trägerwechsel des Schleswig-Holstein-Hauses zum 01.01.2014. Die dafür notwendige Ausschreibung zielt darauf ab, den Zuschussbedarf für die LH Schwerin auf max. 100.000 € zu reduzieren. Die Ergebnisse der Ausschreibung sollen bis zur Hauptausschusssitzung am 07.10.2013 vorgelegt werden. Anderweitige Ausschreibungen, Investitionen und Umbauten oder auch Planungen zum Schleswig-Holstein-Haus sind in 2013 zu unterlassen.“

Der Ausschuss für Wirtschaft, Liegenschaften und Tourismus hat dem Ersetzungsantrag am 21.02.2013 mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen zugestimmt.

Der Ausschuss für Schule, Sport und Kultur hat der Beschlussvorlage am 20.02.2013 mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung zugestimmt.

Der Ortsbeirat Schelfstadt, Werdervorstadt, Schelfwerder hat der Beschlussvorlage am 09.01.2013 einstimmig zugestimmt.

Der Seniorenbeirat hat der Beschlussvorlage zugestimmt.

2.

Es erfolgt eine Aussprache.

Danach schlägt die Oberbürgermeisterin vor, den Ersetzungsantrag aus dem Ausschuss für Finanzen wie folgt zu ändern:

Streichung der Wortgruppe „... oder auch Planungen...“.

Die Oberbürgermeisterin stellt den geänderten Ersetzungsantrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende geänderte Beschlussfassung:

Die Stadtvertretung beschließt einen fördermittelunschädlichen Trägerwechsel des Schleswig-Holstein-Hauses zum 01.01.2014. Die dafür notwendige Ausschreibung zielt darauf ab, den Zuschussbedarf für die LH Schwerin auf max. 100.000 € zu reduzieren. Die Ergebnisse der Ausschreibung sollen bis zur Hauptausschusssitzung am 07.10.2013 vorgelegt werden. Anderweitige Ausschreibungen, Investitionen und Umbauten zum Schleswig-Holstein-Haus sind in 2013 zu unterlassen.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 11.03.2013 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	5
Enthaltung:	0

Beschlusnummer:

105/HA/0705/2013

**zu 3.6 Handlungskonzept Controlling im Amt für Jugend, Schule und Sport;
Umsetzung des Beschlusses der STV Drs-Nr. 01215/2012
Vorlage: 01344/2012**

Bemerkungen:

Der Jugendhilfeausschuss hat die Beschlussvorlage am 16.02.2013 nicht abschließend beraten. Die Wiedervorlage erfolgt in der Sitzung am 06.03.2013.

Beschluss:

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt mit den Beratungsergebnissen in der Sondersitzung am 11.03.2013.

**zu 3.7 Bebauungsplan Nr.80.12 "Stern Buchholz - Blücher Umweltpark"
Offenlagebeschluss
Vorlage: 01357/2013**

Bemerkungen:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr hat der Beschlussvorlage am 07.02.2013 einstimmig bei einer Stimmenthaltung zugestimmt.

Der Ausschuss für Umwelt und Ordnung hat der Beschlussvorlage am 21.02.2013 einstimmig bei einer Stimmenthaltung zugestimmt.

Der Ortsbeirat Wüstmark, Göhrener Tannen hat die Beschlussvorlage am 13.02.2013 mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt den Satzungsentwurf zum Bebauungsplan Nr. 80.12 „Stern Buchholz – Blücher Umweltpark“ mit Begründung und Umweltbericht gemäß § 3 Abs.2 BauGB öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Beschlusnummer:

105/HA/0706/2013

zu 3.8 **Integriertes Klimaschutzkonzept für die Landeshauptstadt Schwerin**
Vorlage: 01349/2012

Bemerkungen:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr hat der Beschlussvorlage am 07.02.2013 einstimmig zugestimmt.

Der Ausschuss für Umwelt und Ordnung hat der Beschlussvorlage am 21.02.2013 mit dem einstimmig zugestimmt.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Liegenschaften und Tourismus hat die Beschlussvorlage am 21.02.2013 zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

1. Die Stadtvertretung nimmt das erarbeitete Integrierte Klimaschutzkonzept für die Landeshauptstadt Schwerin zur Kenntnis.
2. Durch die Gutachter empfohlene Ziele zur Reduktion von CO₂ auf 4 Tonnen CO₂ je Einwohner im Jahre 2025 (60 % Reduktion gegenüber 1990) und das Langzeitziel auf der CO₂-Neutralität im Jahre 2050 werden durch die Stadtvertretung beschlossen.
3. Die Stadtvertretung beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes. Durch die Oberbürgermeisterin ist ein Klima-Forum als Umsetzungsinstrument zum aktiven Klimaschutz in Schwerin zu bilden, um möglichst viele Akteure zum Handeln zu motivieren.
4. Die Stadtvertretung unterstützt einen Klimapakt, der die wichtigsten Akteure der Landeshauptstadt Schwerin beim Klimaschutz vereinigt.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 11.03.2013 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Beschlusnummer:

105/HA/0707/2013

**zu 3.9 Gründung eines Gemeinsamen Kommunalunternehmens mit dem
Landkreis Ludwigslust-Parchim
Vorlage: 01394/2013**

Bemerkungen:

1.

Der Aufsichtsrat der Schweriner IT- und Service GmbH (SIS) hat sich mit diesem Thema am 15.02.2013 befasst.

Der Ausschuss für Finanzen hat der Beschlussvorlage am 21.02.2013 einstimmig bei einer Stimmenthaltung zugestimmt.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Liegenschaften und Tourismus hat zur Beschlussvorlage am 21.02.2013 nicht abschließend beraten.
Hierzu findet noch vor der Sitzung der Stadtvertretung am 07.03.2013 eine Sondersitzung des Ausschusses statt.

2.

Herr Heine weist darauf hin, dass im Vertrag mit dem Landkreis und der Landeshauptstadt Schwerin die tarifgebundene Zahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter enthalten sein sollte.

Beschluss:

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt mit den Beratungsergebnissen in der Sondersitzung am 11.03.2013.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 11.03.2013 vorgesehen.

zu 4 Vorlage/n

**zu 4.1 Bebauungsplan Nr. 31.98.01 "Krebsförden Dorfstraße" - 1. Änderung
- Beschluss über eingegangene Stellungnahmen
- Satzungsbeschluss über die 1. Änderung des Bebauungsplanes gemäß §
10 BauGB
i.V.mit § 13 BauGB
Vorlage: 01379/2013**

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist die Beschlussvorlage in den Ausschuss für Umwelt und Ordnung, in den Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr zur Vorberatung sowie in den Ortsbeirat Krebsförden zur Stellungnahme.

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt mit den Beratungsergebnissen am 09.04.2013.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 22.04.2013 vorgesehen.

zu 4.2 Bebauungsplan Nr. 63.09/1 "Fachmarktzentrum Am Haselholz"
Auslegungsbeschluss
Vorlage: 01397/2013

Bemerkungen:

Herr Meslien bittet darum, dass in der Begründung zur Beschlussvorlage der „OT Haselholz“ in „Gartenstadt“ umbenannt wird.

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist die Beschlussvorlage in den Ausschuss für Umwelt und Ordnung, in den Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr zur Vorberatung sowie in den Ortsbeirat Gartenstadt, Ostorf zur Stellungnahme.

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt mit den Beratungsergebnissen am 09.04.2013.

zu 4.3 11. Änderung des Flächennutzungsplans der Landeshauptstadt Schwerin
"Gartenstadt - Haselholz" - Offenlagebeschluss- -
Vorlage: 01401/2013

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist die Beschlussvorlage in den Ausschuss für Umwelt und Ordnung, in den Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr zur Vorberatung sowie in den Ortsbeirat Gartenstadt, Ostorf zur Stellungnahme.

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt mit den Beratungsergebnissen am 09.04.2013.

zu 4.4 Beteiligung der Landeshauptstadt Schwerin an der Errichtung eines
Pflegestützpunktes
Vorlage: 01404/2013

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist die Beschlussvorlage in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen, in den Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung.

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt mit den Beratungsergebnissen am 26.03.2013.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 22.04.2013 vorgesehen.

zu 4.5 Besetzung von 8 vakanten Stellen in der Stadtverwaltung
Vorlage: 01417/2013

Bemerkungen:

1.

Der Verwaltungsbeirat des Hauptausschusses hat am 26.02.2013 zur Vorlage wie folgt beraten und abgestimmt:

Die vakant bzw. vakant werdenden Stellen

- 10 Amt für Hauptverwaltung
6411 Botin/Bote E3 TVöD

- 02 Büro der Oberbürgermeisterin
0028 Sachbearbeiter(in) Protokoll E8 TVöD

werden zunächst nicht zur Besetzung freigegeben.

2.

Es erfolgt eine Aussprache.

Die Mitglieder des Hauptausschusses legen fest, dass die Besetzung der Stelle 02 Büro der Oberbürgermeisterin – 0028 Sachbearbeiter(in) Protokoll E8 TVöD zur befristeten Wiederbesetzung freigegeben wird. Die Stelle 10 Amt für Hauptverwaltung – 6411 Botin/Bote E3 TVöD wird, wie der Verwaltungsbeirat vorgeschlagen, zunächst nicht zur Besetzung freigegeben.

Die Oberbürgermeisterin stellt die Beschlussvorlage mit diesen Änderungen zur Abstimmung.

Beschluss:

Die nachfolgend genannten vakanten bzw. vakant werdenden Stellen werden durch den Hauptausschuss zur Besetzung freigegeben.

37 Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst
0503 Gruppenführer(in)/Hauptbrandmeister(in) A9 mD BBesO

36 Amt für Umwelt
4600 Sachbearbeiter(in) E9 gD TVöD

20 Amt für Finanzen
5969 Sachbearbeiter(in) Außendienst Vollstreckung E8 TVöD

31 Amt für Bürgerservice
0345 Sachbearbeiter(in) Ausländerbehörde E9 gD TVöD

02 Büro der Oberbürgermeisterin
0028 Sachbearbeiter(in) Protokoll E8 TVöD

49 Amt für Jugend, Schule und Sport
1141 Schulsekretär(in) E5 TVöD
7363 Schulsekretär(in) E5 TVöD

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

zu 4.6 Standortvorschlag Stadtbibliothek Schwerin Vorlage: 01408/2013

Bemerkungen:

Die SPD-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion zeigt an, dass in der Fraktion weiterer Beratungsbedarf zur Beschlussvorlage besteht und beantragt, die Beratung zu vertagen in die Sitzung des Hauptausschusses am 05.03.2013.

Herr Horn beantragt, über die Beschlussvorlage in der heutigen Sitzung abzustimmen.

Die Oberbürgermeisterin stellt daraufhin den Antrag der SPD-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion auf Vertagung in die nächste Sitzung des Hauptausschusses am 05.03.2013 zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Hauptausschusses lehnen den Antrag mehrheitlich bei drei Dafürstimmen ab.

Die Oberbürgermeisterin stellt sodann die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

1. Die Stadtvertretung stimmt einer Anmietung für eine Stadtbibliothek von 1.500 m² für 10 Jahre an dem Standort der Schweriner Höfe entsprechend dem Mietangebot in der Anlage 2 zu.
2. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, die notwendigen Verhandlungen mit dem Eigentümer weiterzuführen und den Vertrag zu unterzeichnen.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 11.03.2013 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	1

zu 5 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung

**zu 5.1 Mindestlohn bei Auftragsvergaben durch städtische
Beteiligungsgesellschaften
Antragstellerin: SPD-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion
Ersetzungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Vorlage: 01308/2012**

Bemerkungen:

1.
Die Antrag stellende Fraktion hat ihren Antrag vom 29.10.2012 in den Beschlusspunkten 2 und 3 ersetzt (siehe Änderungsmitteilung vom 24.01.2013).

2.
Es liegt folgender Ersetzungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 05.11.2012 vor:

„Die Stadtvertretung bekennt sich zum Grundsatz "fairer Lohn für gute Arbeit", der sich im Beschluss vom 27.02.2012 über die Bindung städtischer Vergaben an einen Mindestlohn von 8,50 EUR ausdrückt. Die Stadtvertretung fordert die Aufsichtsräte der städtischen Beteiligungsgesellschaften auf, sich mit der Geschäftsführung zu verständigen, bei eigener Vergabe einen Mindestlohn von 8,50 EUR pro Stunde durchzusetzen und bei positivem Votum entsprechende Vorsorge in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften zu treffen.“

3.
Der Ausschuss für Finanzen hat den Antrag und den Ersetzungsantrag am 22.11.2012 mehrheitlich bei zwei Dafürstimmen und zwei Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der GBV Beirat hat zum Antrag / Änderungsantrag am 18.02.2013 beraten und empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

„Die Stadtvertretung spricht sich dafür aus, dass auch in den kommunalen Gesellschaften die Vorgaben des Landesvergabegesetzes bezüglich einer Lohnuntergrenze von derzeit 8,50 EUR angewendet werden. Deshalb fordert die Stadtvertretung die Aufsichtsräte der städtischen Beteiligungsgesellschaften und die Geschäftsführungen auf, bei eigener Vergabe einen Mindestlohn von 8,50 EUR pro Stunde durchzusetzen.“

4.
Es liegt eine Änderungsmitteilung der Antrag stellenden Fraktion vom 26.02.2013 vor. Die Änderungsmitteilung der SPD-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion vom 24.01.2013 ist somit gegenstandslos.

Änderungsmitteilung SPD-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion vom 26.02.2013

„1.
Die Stadtvertretung spricht sich dafür aus, dass auch in den kommunalen Gesellschaften die Vorgaben des Landesvergabegesetzes bezüglich einer Lohnuntergrenze von derzeit 8,50 EUR angewendet werden. Deshalb fordert die Stadtvertretung die Aufsichtsräte der städtischen Beteiligungsgesellschaften und die Geschäftsführungen auf, bei eigener Vergabe einen Mindestlohn von 8,50 EUR pro Stunde durchzusetzen.“

2.

Die Oberbürgermeisterin unterrichtet die Stadtvertretung über die Umsetzung ihrer Forderung an die Aufsichtsräte und Geschäftsführungen bis spätestens 31.05.2013.“

Die Fraktion DIE LINKE beantragt, den Termin der Unterrichtung zur Umsetzung auf den 01.07.2013 zu verschieben.

Die Antrag stellende Fraktion stimmt dem zu.

5.

Die Oberbürgermeisterin stellt die Änderungsmitteilung der SPD-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion vom 26.02.2013 zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Hauptausschusses erheben keinen Widerspruch.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende geänderte Beschlussfassung:

Die Stadtvertretung spricht sich dafür aus, dass auch in den kommunalen Gesellschaften die Vorgaben des Landesvergabegesetzes bezüglich einer Lohnuntergrenze von derzeit 8,50 EUR angewendet werden. Deshalb fordert die Stadtvertretung die Aufsichtsräte der städtischen Beteiligungsgesellschaften und die Geschäftsführungen auf, bei eigener Vergabe einen Mindestlohn von 8,50 EUR pro Stunde durchzusetzen.

2.

Die Oberbürgermeisterin unterrichtet die Stadtvertretung über die Umsetzung ihrer Forderung an die Aufsichtsräte und Geschäftsführungen bis spätestens 01.07.2013.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 11.03.2013 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	3
Enthaltung:	2

Beschlusnummer:

105/HA/0709/2013

zu 5.2 Verringerung von Leerstand durch Förderprojekt "Jugendliche im Stadtquartier"

Antragstellerin: Fraktion Unabhängige Bürger

Vorlage: 01372/2013

Bemerkungen:

1.

Der Jugendhilfeausschuss hat den Antrag am 06.02.2013 einstimmig bei fünf Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen hat dem Antrag am 14.02.2013 einstimmig mit folgendem Hinweis zugestimmt:
Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen weisen auf die Nachhaltigkeit des Projektes hin.

Im Ausschuss für Wirtschaft, Liegenschaften und Tourismus am 21.02.2013 wurde der Antrag durch die Antrag stellende Fraktion (Herr Steinmüller) für erledigt erklärt und zurückgezogen.

Im Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr am 07.02.2013 wurde der Antrag durch die Antrag stellende Fraktion (Herr Steinmüller) für erledigt erklärt und zurückgezogen.

2.
Herr Horn erklärt, dass die Antragsfrist für dieses Förderprojekt ausgelaufen ist und zieht den Antrag zurück.

3.
Dieser Sachstand wird in die schriftlichen Mitteilungen der Oberbürgermeisterin für die Sitzung der Stadtvertretung am 11.03.2013 aufgenommen.

zu 5.3 Erhalt von Wertstoffsammelplätzen
Antragstellerin: Fraktion Unabhängige Bürger
Vorlage: 01371/2013

Bemerkungen:

1.
Der Ausschuss für Umwelt und Ordnung hat den Antrag am 21.02.2013 mehrheitlich bei zwei Dafürstimmen abgelehnt.

2.
Herr Ehlers bittet die Antragstellerin ihren Antrag zu überarbeiten, da die Berichterstattung in den Medien fehlerhaft erfolgte.

Herr Böttger schlägt daraufhin vor, eine Beschlussempfehlung des Hauptausschusses an die Stadtvertretung in der Sondersitzung am 11.03.2013 abzugeben.

Die Antrag stellende Fraktion wird zur Sondersitzung des Hauptausschusses am 11.03.2013 eine überarbeitete Fassung des Antrages vorlegen.

Beschluss:

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt in der Sondersitzung am 11.03.2013.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 11.03.2013 vorgesehen.

zu 5.4 Schuldenstand öffentlich machen, digitale Schuldenanzeige einführen
Antragstellerin: SPD-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion
Vorlage: 01368/2013

Bemerkungen:

1.

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 21.02.2013 hat die Antragstellerin den Antrag wie folgt geändert:

„ Die Stadtvertretung greift das Angebot vom Bund der Steuerzahler M-V auf im Stadthaus an geeigneter Stelle eine Schuldenuhr zu installieren und beauftragt die Oberbürgermeisterin die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung dieses Angebotes zu treffen.“

Der Ausschuss für Finanzen hat der geänderten Fassung mehrheitlich bei einer Stimmenthaltung zugestimmt.

2.

Es liegt folgender Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 25.02.2013 vor:

Der Beschlusstext wird wie folgt verändert:

Betreff heißt neu:

Schulden- und Vermögensstand öffentlich machen, digitale *Schulden- und Vermögensanzeige* einführen im Text werden alle Worte wie „Schuldenstand“ oder „Schuldenanzeige“ überall durch die Worte „Schulden- und Vermögensstand“ bzw. „Schulden- und Vermögensanzeige“ ersetzt

am Ende des Beschlussvorschlages wird der Satz ergänzt:

Das Angebot vom Bund der Steuerzahler wird nur dann angenommen, wenn eine zweite Uhr ebenfalls kostenfrei zur Anzeige der privaten Vermögen zur Verfügung gestellt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	3
Nein-Stimmen:	7
Enthaltung:	0

3.

Die Oberbürgermeisterin stellt daraufhin den Antrag in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen vom 21.02.2013 zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende geänderte Beschlussfassung:

Die Stadtvertretung greift das Angebot vom Bund der Steuerzahler M-V auf im Stadthaus an geeigneter Stelle eine Schuldenuhr zu installieren und beauftragt die Oberbürgermeisterin die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung dieses Angebotes zu treffen.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 11.03.2013 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 2
Enthaltung: 2

zu 5.5 Konzept zur Zusammenlegung städtischer Betriebe
Antragsteller: Stadtvertreter Manfred Strauß
Vorlage: 01377/2013

Bemerkungen:

1.

In der Sitzung der Stadtvertretung am 28.01.2013 hat der Antragsteller seinen Antrag wie folgt geändert:

„Die Stadtvertretung möge beschließen, die Oberbürgermeisterin zu beauftragen, ein Konzept zur Zusammenlegung städtischer Betriebe zu erarbeiten.“

Die Fraktion Unabhängige Bürger schlägt dem Antragsteller daraufhin vor, den Beschlussvorschlag wie folgt zu formulieren bzw. zu ändern:

„Die Stadtvertretung möge beschließen, die Oberbürgermeisterin mit der Prüfung zu beauftragen, ob und gegebenenfalls welche städtische Betriebe zusammengeführt werden können.“

Der Antragsteller stimmt dem Vorschlag zu und übernimmt die Änderung.

2.

Der Beirat der Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung Schwerin mbH (GBV-Beirat) hat zum Antrag am 18.02.2013 beraten und empfiehlt der Stadtvertretung die Ablehnung des Antrages.

3.

Es erfolgt eine Aussprache.

Der Antragsteller zieht nach erfolgter Aussprache seinen Antrag zurück.

Dieser Sachstand wird in die schriftlichen Mitteilungen der Oberbürgermeisterin für die Sitzung der Stadtvertretung am 11.03.2013 aufgenommen.

zu 6 Fördermittelanträge der Landeshauptstadt Schwerin

Bemerkungen:

Die Oberbürgermeisterin informiert über ein Gespräch im Ministerium für Inneres und Sport M-V. Sie hat dort um folgende Sonderbedarfszuweisungen für verschiedene Projekte geworben:

- Göhrener Tannen – Ausbau Straßen
- Munitionsbergung
- Schulneubau Goethe-Gymnasium

Bemerkungen:

1.

Die Oberbürgermeisterin weist auf die Sondersitzung des Hauptausschusses und des Ausschusses für Finanzen am 05.03.2013 zur Beratung der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin 2013 hin.

2.

Herr Niesen informiert über den Sachstand der Wohnungslosenunterkunft und berichtet, dass das außergerichtliche Verfahren beendet ist. Die vertragliche Vereinbarung wird mit dem Betreiber „Comtact GmbH“ für die Dauer von 5 Jahren abgeschlossen.

3.

Die Oberbürgermeisterin berichtet über den aktuellen Stand der Interkommunalen Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden.

Des Weiteren informiert sie über einen Bewilligungsbescheid vom 26.02.2013 des Ministeriums für Inneres und Sport M-V. Die Zuweisung in Höhe von 1.780.000,00 EUR basiert auf den Landeshauptstadtvertrag. Die bewilligten Mittel in Höhe der o.g. Zuweisung sind in Teilbeträgen für folgende Zwecke einzusetzen:

- Durchführung des Schweriner Gartensommers 2013 in Höhe von 300.000,00 EUR
- Laufende Maßnahmen im Bereich des Mecklenburgisches Staatstheaters in Höhe von 980.000,00 EUR
- PPP-Projekt Lambrechtsgrund in Höhe von 500.000,00 €

3.

Herr Strauß stellt fest, dass im Zuge der beginnenden Bauarbeiten auf dem Areal der ehemaligen Werderklinik 43 Bäume gefällt werden sollen. Die Bewilligungen der Baumfällungen nehmen zu.

Herr Dr. Friedersdorff informiert dazu mündlich.

4.

Herr Meslien fragt nach, wann der Satzungsbeschluss zum B-Plan „Waisengärten“ geplant ist.

Herr Dr. Friedersdorff informiert dazu mündlich.

gez. Angelika Gramkow

Vorsitzende

gez. Simone Simon

Protokollführerin